FDP Main-Kinzig

DIGITALES GRÜNDERZENTRUM IM MAIN-KINZIG-KREIS – FREIE DEMOKRATEN WERBEN BEI DER IHK FÜR INNOVATIONSZENTRUM

29.08.2018

Die FDP im Main-Kinzig-Kreis setzt sich schon seit langem für die Gründung eines Digitalen Gründerzentrums und einer verbesserten Wirtschaftsförderung im Main-Kinzig-Kreis, insbesondere der gezielten Förderung von jungen Start-Ups, ein. Nun bekommen wir Liberalen im Main-Kinzig-Kreis prominente Unterstützung der Bundesebene.

Nicola Beer, die Generalsekretärin der Freien Demokraten, sichert ihre volle Unterstützung in Hinblick auf die Schaffung digitaler Gründerzentren in Hessen und speziell im Main-Kinzig-Kreis zu: „Wir werden uns in Berlin dafür einsetzen, dass bürokratische Hemmnisse abgebaut werden und regulative Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche die Entwicklung von digitalen Gründerzentren begünstigen."

Bei der IHK Hanau warb die Bundestagsabgeordnete und Staatsministerin a.D. für eine solche Einrichtung und fand Unterstützung beim Hauptgeschäftsführer der IHK Hanau Gelnhausen-Schlüchtern, Dr. Quidde. Begleitet wurde die Spitzenpolitikerin vom ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten und ehemaligen Wirtschaftsdezernenten, Dr. Ralf-Rainer Piesold, dem Vorsitzenden der FDP Kreistagsfraktion, Kolja Saß, dem Vorsitzenden der FDP Hanau, Henrik Statz, dem Landtagskandidaten der FDP Main-Kinzig, Thomas Schäfer (Main-Kinzig II), dem stellvertretende Kreisvorsitzenden der FDP-Main-Kinzig, Prof. Joachim Fetzer und dem stellvertretende Vorsitzenden der FDP-Hanau, Dr. Michael Weller.

Abgerufen am 11.11.2026 unter https://fdp-mkk.de/?p=633

Dr. Quidde hebt das Interesse der IHK an einem digitalen Gründerzentrum hervor und betont, dass die hiesige IHK ein Projekt im Main-Kinzig-Kreis natürlich ebenso begrüßen würde, wie die IHK Aschaffenburg das Projekt vor Ort. Die IHK wird bei ihren Mitgliedern entsprechend für diese Idee der Freien Demokraten werben.

„Wir müssen nur einen Blick über den Tellerrand werfen, in diesem Fall über die bayerische Landesgrenze. Die Entwicklung in Bayern ist beispielhaft und uns weit voraus. Bayern investiert in diesem innovativen Bereich über 150 Mio. €, um nicht den internationalen Anschluss zu verlieren“, wirft der ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten und ehemaligen Wirtschaftsdezernenten der Stadt Hanau, Dr. Ralf-Rainer Piesold, ein.

Im Rahmen dieses Entwicklungs- und Innovationsprogramms entsteht in Aschaffenburg ein digitales Gründerzentrum. Kolja Saß, der Mitglied des Landesvorstandes der FDP Hessen ist, wirbt für die Notwendigkeit eines Digitalen Gründerzentrums auch für den Main-Kinzig-Kreis. „Der ehemalige Landrat Erich Pipa hatte schon eine ähnliche Idee entwickelt. Auf der könnten wir aufbauen. Wichtig ist, dass wir schnell agieren“, stellte Saß fest und verweist dabei auf das Joint-Venture mit dem Mittelstand 4.0 Kompetenzzentrum der TU Darmstadt, das eine ähnliche Einrichtung in Gelnhausen entwickeln wollte.

Henrik Statz sieht auch in Hanau viel Potential für ein digitales Gründerzentrum, aber auch Maintal, wie Thomas Schäfer klarstellt, sei ein potentieller Standort. Da die Idee nur in Verbindung mit den Kommunen umsetzbar ist und dabei bei der Standortfrage auch die Frage einer möglichen Kreisfreiheit Hanaus geklärt sein muss, muss aktiv Interesse bei den politisch Verantwortlichen herbeigeführt werden. Der Gelnhäuser Bürgermeister, Daniel Glöckner (FDP) hatte für die Barbarossastadt ebenfalls schon im Vorfeld sein Interesse an einem digitalen Gründerzentrum geäußert.

Ein digitales Gründerzentrum benötig mehrere Rahmenbedingungen. Neben geeigneten Räumlichkeiten ist eine Beteiligung von Unternehmen vor Ort für den Erfolg eines solchen Projektes unabdingbar.

„In Anbetracht der Notwendigkeit können wir uns auch vorstellen, dass klassische Geschäftsmodelle um eine digitale Komponente erweitert werden. Die Förderung eines DGZ ist Aufgabe des Landes, der Kommune und privaten Partnern“, macht Kolja Saß deutlich und wird von Nicola Beer ergänzt: „Letztlich werden aber auch legislatorische

Abgerufen am 11.11.2026 unter https://fdp-mkk.de/?p=633

Freiräume benötigt, die teilweise erst durch den Bund geschaffen werden müssen.“

Abgerufen am 11.11.2026 unter https://fdp-mkk.de/?p=633